

## Die politischen Parteien äußern sich vor den Wahlen zu der Jagd

Im Laufe der letzten Monate ist eine Delegation der FSHCL bei den fünf großen Parteien Luxemburgs vorstellig geworden, um ihnen eine Reihe von Fragen über Jagdthemen vorzulegen. Die Vertreter der Jäger waren beeindruckt von der Seriosität der politischen Arbeit und der Qualität des Empfangs. Sie bedanken sich herzlich.

Nachfolgend berichten wir über die wichtigsten Antworten.

Was sollten wir zurückbehalten:

- Alle Parteien, mit Ausnahme der Grünen, erkennen die Jagd uneingeschränkt als legitime Nutzungsform natürlicher Ressourcen an.
- Alle Parteien sind sich einig darüber, dass die Benutzung der Felle (Bälge) erlegter Prädatoren benutzt werden sollten. Dies ist eine klare Absage an die emotionsgeladene Argumentation der „Pelzgegner“. Unabhängig von der Regierungskoalition, die nach dem 14. Oktober gebildet wird, verspricht dies konstruktive Aktionen.
- Alle Parteien unterstützen die Vermarktung des Naturprodukts Wildfleisch. Diese wird in der nächsten Legislaturperiode als klar ins Auge gefasst werden.
- Die politischen Parteien sind sich einig, dass die Allgemeinheit für einen Teil des sogenannten Wildschadens aufkommen sollte. Die entsprechende Überlegung stellt „Neuland“ dar, Neuland, das ab dem 14.10. in Angriff genommen wird
- Was die Bejagung des Fuchses angeht, sind DP, CSV und ADR uneingeschränkt dafür, die Belange der Bevölkerung zu beachten. Die LSAP und die Grünen sind eindeutig schlecht informiert. Zum einen (LSAP) vertrauen sie den spektakulären Falschmeldungen der ANF (z. B. die Fuchspopulation ist nicht gestiegen) zum andern (Déi Gréng) wissen sie nicht, dass weder die Fuchsräude noch der Fuchsbandwurm durch eine Impfung verhindert werden können.
- Was die Fütterung von Wildtieren angeht, so sind wir überrascht über die sehr differenzierten Aussagen. Die Zeiten des generellen und absoluten Fütterungsverbotes scheinen vorbei. DP und CSV sind bereit, die Fütterung in Notzeiten zu erlauben.
- Von der Ausgereiftheit des Wolfsmanagementplans sind CSV und ADR nicht überzeugt.
- Die Frage Nummer 11 wird in Zukunft eine große Bedeutung erlangen. Alle Parteien befürworten es sogenannte Managementpläne zu erstellen. Die Verwaltung hat sich bis heute mit Händen und Füßen gegen solche Pläne gewehrt. Dabei können es ausschließlich solche Pläne sein, die es ermöglichen, sinnvolle Abschusspläne auszuarbeiten. Es muss Schluss sein mit der trüben Fischerei. Die Verwaltung muss Farbe bekennen! Null Verbiss bedeutet null Wildtiere! Wenn die Regierung oder die Verwaltung unserer Bevölkerung klarmachen wollen, das Rehwild und das Rotwild müssten ausgerottet werden, so wird eine nie gekannte Welle der Entrüstung ihnen entgegenschlagen. Wenn sie andererseits anzustrebende Wilddichten (= Managementplan) vorschlagen, die das Wild als sichtbare Bereicherung unserer Artenvielfalt erkennbar werden lassen, dann wird es die ANF sein, die mit Land- und Forstwirten über Schäden streiten muss. Es ist höchste Zeit, dass jeder seine Verantwortung übernimmt. Die Zeiten, als jeder die Jäger für alles verantwortlich machen konnte, sind vorbei.
- Sowohl die CSV als auch die LSAP, die Grünen und die ADR könnten sich geschützte Ruhezone für Wildtiere vorstellen.
- Die CSV befürwortet mit der ADR und LSAP die Zurverfügungstellung von Biotopflächen an Jäger. Dies ist beachtenswert! Die Idee stellt auch Neuland dar. Biotopmaßnahmen sind exzellent dazu geeignet, die Jagd in eine globale Sicht der Umwelt einzugliedern. Die Grünen sind die einzige Partei, die dagegen ist, ganz allgemein biotopfördernde Maßnahmen der Jäger zu fördern. Dies ist eine bedeutende Aussage, eine Aussage, die Bände spricht. Wenn es um die Deutungshoheit von Naturangelegenheiten geht, betrachten die Grünen die Jäger als Konkurrenten und nicht als potenzielle Partner. Entsprechendes erleiden wir aktuell sehr ausgiebig durch die ANF. Es kann in Zukunft nur besser werden.
- Was die Jagdgesetzgebung angeht, so sind alle Parteien, außer der LSAP, bereit, diese bereits jetzt anzupassen.
- Alle Parteien befürworten Geschwindigkeitsbegrenzungen bei Treibjagden. Dies erfreut uns sehr. Was wohl die „Ponts et Chaussées“ von dem Mehraufwand hält?
- Alle Parteien sind gegen eine Pflichtmitgliedschaft der Jäger bei der FSHCL. Dies hat man also ohne Murren zur Kenntnis zu nehmen.
- Alle Parteien sind bereit, dazu beizutragen, die Arbeit der FSHCL personell und finanziell stärker zu unterstützen. Dies freut uns sehr, unseren technischen Mitarbeiter ganz besonders.